



A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 11. bis 13. Oktober 2007 in Halle

Antragsteller: Landesvorstand

Landesverband: Hessen

Headline: Zwangsarbeit zu Dumping-Preisen?

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): nicht absehbar

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte lehnt eine um-
2 fassende Behandlungspflicht des niedergelassenen Zahnarztes für Versicherte im
3 Standard-/Basistarif aus rechtlichen und ordnungspolitischen Gründen ab.

4
5 Die HV des FVDZ fordert den Bundesvorstand auf, die Verfassungsmäßigkeit dieser
6 per Gesetz verordneten Behandlungspflicht in einem Musterverfahren juristisch ü-
7 berprüfen zu lassen.

8
9 **Begründung:**
10 *Der niedergelassene Zahnarzt muss alle betriebs-/wirtschaftlichen Risiken selber*
11 *tragen. Es kann daher nicht rechtens sein, dass Leistungen bei einer Gruppe von*
12 *Versicherten zu staatlich verordneten Preisen (Begrenzung des GOZ-Faktors für*
13 *Versicherte des Basistarifs auf 2,0) erbracht werden müssen, die nachweislich nicht*
14 *kostendeckend sind.*

15 *Es ist ordnungspolitisch ein verheerendes Signal, wenn quasi der Gast den Wirt be-*
16 *stellt, und auch noch bestimmt, was dessen Leistung kosten darf.*

17 *Die bestehende Gesetzeslage ist Ausdruck der Feigheit der Politik, den Bürgern die*
18 *wahren Kosten der Gesundheitsversorgung offen zu legen, und mutet stattdessen*
19 *der Berufsgruppe der Zahnärzte in verfassungswidriger Weise einseitig Sonderopfer*
20 *zu.*

Abstimmung: Bei großer Mehrheit, 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an-
genommen